



>> NEWSLETTER AUS MADRID

>> *Spanien gedenkt dem Putschversuch am „23F“*

In seltener Eintracht verabschiedete das spanische Parlament eine gemeinsame Erklärung zum Gedenken an den 25. Jahrestag des gescheiterten Putschversuches am 23. Februar 1981, der als „23F“ in die Geschichte Spaniens eingegangen ist. Vorausgegangen war ein Streit über die Rolle von König Juan Carlos I. bei der Niederschlagung des Putsches. In der Erklärung betont das Parlament, dass das Scheitern des Putschversuches „entscheidend“ dazu beigetragen hat, die „Demokratie zu stärken“. Die Geiselnahme des spanischen Parlaments durch den Oberstleutnant der Guardia Civil, Antonio Tejero, am „23F“ bezeichnet das Parlament als den „gravierendsten Versuch, die Freiheiten zu verletzen und den demokratischen Prozess abubrechen“.

Auf Betreiben der linksnationalistischen ERC aus Katalonien - Zapateros wichtigstem Verbündeten im Parlament - wurde die ausdrückliche Erwähnung „der entscheidenden Rolle des Königs“ beim Scheitern des Putsches jedoch gestrichen. Stattdessen wird im Text die Leistung des Königs in dieser schweren Krise nur noch am Rande erwähnt. Die oppositionelle Volkspartei kritisierte dies als Verrat an

der Wahrheit und der Geschichte. Es sei beschämend, wie die Regierungspartei PSOE selbst bei diesem Thema vor ihren parlamentarischen Partnern „die Hosen runtergelassen habe“, so PP-Chef Rajoy wörtlich.



Vor 25 Jahren stürmte Tejero mit 200 Männern das Parlament und nahm die anwesenden Abgeordneten als Geiseln. An diesem Tag sollte Leopoldo Calvo Sotelo zum Nachfolger des drei Wochen zuvor zurückgetretenen Regierungschefs Adolfo Suárez gewählt werden. Dass die damals noch in den Kinderschuhen steckende spanische Demokratie nicht von dem Militärputsch hinweggefegt wurde, war insbesondere dem engagierten Eintreten von König Juan Carlos für die Demokratie zu verdanken. Die Putschisten hatten wohl insgeheim mit seinem Einverständnis gerechnet. Schließlich hatte der Diktator Franco selbst den König als seinen Nachfolger bestimmt. Der junge König stellte sich jedoch klar und unmissverständlich auf die Seite der Demokraten. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte gelang es ihm, in hektischen Telefongesprächen den Großteil der Armee-Generäle auf seine Seite zu ziehen

und die Putschisten isolieren. In einem Telegramm an die Putschisten erklärte er: "Weder danke ich ab, noch gehe ich. Ihr müsst mich schon erschießen." Unvergessen in Spanien ist die dramatische, nächtliche Fernsehansprache, in der sich der von Stress und Müdigkeit deutlich gezeichnete Juan Carlos an seine Landsleute wandte und sich energisch für die Demokratie einsetzte.

>> Zapatero gegen E.ON-Übernahme von Endesa



Nachdem die feindliche Übernahme des Stromversorgers Endesa durch den katalanischen Energieriesen Gas Natural fast schon als sicher galt, überraschte der deutsche Konzern E.ON mit einem deutlich höheren Gegenangebot. Mit einem Gesamtvolumen von 29,1 Mrd. Euro liegt dieses um 29 Prozent über dem Preis, den Gas Natural geboten hatte. Damit rückt die Bildung eines katalanisch dominierten Großkonzerns auf dem Energiesektor plötzlich wieder in weite Ferne. Die Übernahme von Endesa durch Gas Natural war in Spanien im Zuge des Konflikts um die neue Autonomiereform heftig umstritten. Während die Oppositionspartei PP die Fusion heftig kritisierte, weil sie ein katalanisch dominiertes Monopol befürchtete, unterstützte die Regierung Zapatero, getrieben von ihren nationalistischen Verbündeten aus Katalonien,

die Expansionsbestrebungen von Gas Natural. Einer der treibenden Kräfte hinter dem Deal ist der spanische Industrieminister José Montilla, in dessen Ressort die Energiepolitik fällt. Pikanterweise hatten die katalanischen Sozialisten, dessen Vorsitzender Montilla ist, von der katalanischen Großbank Caixa einen Krediterlass in Millionenhöhe erhalten. Die Caixa hat als Hauptaktionär ein vehementes Interesse am Zustandekommen der Fusion. Obwohl die Volkspartei diese Verquickung von Interessen anprangerte und der Geruch von Korruption in der Luft hing, trieb die Regierung Zapatero die Fusion unbeirrt weiter voran, bis das jüngste Angebot von E.ON diese Pläne zu durchkreuzen drohte. Nach Bekanntwerden der Offerte drückte die Zapatero-Regierung ihr Missfallen aus. Zwar erklärte Regierungssprecher Fernando Moraleda, die Regierung würde die Gesetze des Marktes und des freien Wettbewerbs achten. Andererseits sei es aber auch im nationalen Interesse, dass Konzerne im Energiesektor wegen dessen strategischer Bedeutung in spanischem Besitz blieben. Hinter den Kulissen sucht die Regierung Zapatero, allen voran José Montilla (Foto) und Zapateros strategischer Kopf für Wirtschaftsfragen, Miguel Sebastián, nach Mitteln und Wegen, die Übernahme durch E.ON zu verhindern. U.a. werden Partner gesucht, die das Angebot von Gas Natural aufstocken könnten. Der italienische Ver-



sorger ENEL hat sich schon angeboten, wurde aber von Gas Natural zurückgewiesen. Ihre „Goldene Aktie“, mit der die spanische Regierung die Übernahme durch E.ON verhindern könnte, wolle man aber nur im Extremfall einsetzen, hieß es aus Regierungskreisen. Dennoch „will die Regierung alles in ihrer Macht stehende tun, dass die Spanier einen Energiesektor haben, dessen Basis und Mutter national sind“, erklärte Zapateros Sprecher. Die oppositionelle PP kritisierte die Einmischung der Regierung scharf als Rückfall in alte Zeiten von Staatsinterventionismus und Verstoß gegen die Prinzipien der freien Marktwirtschaft. Zapatero könne nicht einfach daherkommen und sagen, eine deutsche Firma dürfe kein spanisches Unternehmen aufkaufen. Ein solcher staatlicher Eingriff sei „tödlich“ für das Prestige der spanischen Wirtschaft in einer



globalisierten Welt, erklärte PP-Chef Mariano Rajoy (Foto). Denn auch spanische Unternehmen hätten Expansionsinteressen im Ausland. Selbst der Fraktionsführer der katalanischen CiU im spanischen Parlament, Josep Duran i Lleida, erklärte, der nationalistische Diskurs Zapateros sei eines spanischen Regierungschefs nicht würdig und gleiche eher den Reden des bolivianischen Staatspräsidenten Evo Morales. Sogar der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Pedro Solbes, der zuvor jahrelang als europäischer Wirtschafts- und Währungs-

kommissar für die Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts kämpfte, sah sich gezwungen, seinen Regierungschef öffentlich zu korrigieren. Die Nationalität eines Unternehmens dürfe kein Kriterium bei der Bewertung einer Übernahme sein, betonte Solbes.

>> Wirtschaftswende in Spanien?



Die EU-Kommission senkte jetzt ihre Vorhersagen für das Wirtschaftswachstum in Spanien im Jahr 2006 auf 3,1 Prozent ab, drei Zehntel weniger als noch 2005. Den Prognosen der Kommissionsexperten zufolge wird die Inflation im Jahresdurchschnitt 3,5 Prozent betragen und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 2,2 Prozent liegen. Das Wirtschaftswachstum beruht demnach weiterhin hauptsächlich auf der starken Inlandsnachfrage, während die Exporte wegen sinkender Wettbewerbsfähigkeit infolge der hohen Inflation schwach bleiben. Weitere besorgniserregende Anzeichen kamen vom spanischen Industrieministerium, das Daten zum Außenhandel veröffentlichte. So ist das spanische Außenhandelsbilanzdefizit im Jahr 2005 um 28,3 Prozent gewachsen und erreichte damit eine neue Rekordhöhe von rund 77,8 Mrd. Euro. Das Importwachstum (11,7 Prozent) betrug 2005 weit mehr als das Doppelte des Exportwachstums (4,8 Prozent). Angesichts dieser Daten stehe das spanische Wirtschaftswachstum auf

tönernen Füßen, erklärte der PP-Sprecher für Wirtschaftspolitik, Miguel Arias (Foto). Er kritisierte in diesem Zusammenhang die wirtschaftspolitische Untätigkeit der Regierung, die sich auf den Leistungen der Vorgängerregierung ausruhe und sich im Glanz der positiven Wachstumszahlen sonne, anstatt etwas gegen den zunehmenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft zu tun. Das Wachstum werde in erster Linie von Sektoren wie dem boomenden Baugewerbe und dem Tourismus produziert, die nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt seien, verdeutlichte der Wirtschaftsexperte der Volkspartei. Deswegen sei das Wirtschaftswachstum unausgeglich und gäbe keinesfalls Veranlassung, sich beruhigt in den Sessel zurückzulehnen, so Arias weiter.

>> **Terrorismusopfer demonstrieren in Madrid**



Unter dem Motto "Por Ellos" Por Todos ¡.....! en mi nombre ¡NO! Unter diesem Motto (Für sie, für uns alle! Nicht in meinem Namen!) fand am 25. Februar in Madrid eine Großdemonstration gegen die geplanten Verhandlungen der Regierung mit der baskischen Terrororganisation ETA statt. Während die Organisatoren von 1.4 Mio.

Teilnehmern sprachen, gab die Polizei die Zahl mit lediglich 110.000 an. An der vom Verband der Terroropfer AVT organisierten Veranstaltung nahm neben PP-Chef Mariano Rajoy und der ehemalige Ministerpräsident José María Aznar fast die gesamte Parteispitze der Volkspartei teil. Ebenso unterstützte die Katholische Kirche Spaniens den Protestmarsch.

Im Vorfeld der Demonstration hatte PP-Generalsekretär Angel Acebes erklärt, die Volkspartei habe eine moralische Pflicht, die Terrorismusopfer und den AVT zu unterstützen, denn Zapatero und seine Regierung würden den AVT lediglich deswegen kritisieren, weil dieser den Verhandlungsplänen der Regierung im Wege stehe. Stattdessen habe Zapatero es zugelassen, dass die illegale ETA-nahe Batasuna-Partei im Baskenland eine Versammlung durchführe. Dies sei nicht gerecht und verstoße gegen die Würde der Terrorismusopfer und deren Familien.

Der Kolumbus-Platz in der Stadtmitte Madrids glich einem Meer spanischer Flaggen. Auf Plakaten wurde die Entlassung Zapateros gefordert und auf anderen stand in Anspielung auf die bevorzugte Behandlung von ETA-Häftlingen geschrieben: „Sie sind keine Gefangenen, sie sind Mörder“. Die Führung der Volkspartei zeigte sich mit einem Plakat mit der Aufschrift „Erinnerung, Würde und Gerechtigkeit“. Rajoy erklärte auf der Demonstration „Wir werden sagen, was wir denken. Es gilt das Gesetz zu respektieren.“ Das Ziel der Anti-

terrorpolitik müsse es sein, die ETA zu vernichten und nicht mit ihr zu verhandeln, betonte der PP-Chef. AVT-Präsident Francisco José Alcaraz verlas auf der Schlusskundgebung ein Manifest, welches vor der Gleichstellung der Opfer mit den Tätern warnte. Man könne die ETA nicht deswegen belohnen, weil sie in den vergangenen 1.000 Tagen keinen ermordet hätte, sagte Alcaraz.

Um die Wogen zu glätten, betonte ein Regierungssprecher Zapateros, dass die Regierung derzeit keine Geheimgespräche führe und auch nicht bereit sei, mit der ETA zu verhandeln. Die Terrororganisation müssen zuerst die Waffen niederlegen, hieß es seitens der Regierung.

>> **Katalanen demonstrieren gegen Zapateros Autonomiestatut**

Über 100.000 Menschen demonstrierten in der vergangenen Woche unter dem Motto "Wir sind eine Nation und wir haben das Recht zu entscheiden" für die Originalfassung des Autonomiestatuts, welches das katalanische Parlament verabschiedet und an das nationale Parlament in Madrid weitergeleitet hatte. Dort hatte Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero unter Umgehung der katalanischen Linksnationalisten (ERC) und seiner eigenen Partei in Katalonien zusammen mit der gemäßigt katalanisch-nationalistischen CiU wesentliche Verände-



Nation und wir haben das Recht zu entscheiden" für die Originalfassung des

rungen paktiert (Vgl. KAS-Newsletter Nr.5/2006). Daraufhin rief die ERC zu der Großdemonstration für die Originalfassung auf. Laut ERC-Chef Josep Lluís Carod-Rovira sei es zudem Ziel der Demonstration gewesen, gegen die "Intoleranz, Lügen und Beleidigungen" der PP zu protestieren. Die Volkspartei betrachtet sowohl die ursprüngliche Fassung als auch die jetzt zwischen Zapatero und CiU gestutzte Fassung als klar verfassungswidrig. Vom Erfolg der Demonstration bestärkt, erklärte der ERC-Generalsekretär Joan Puigcercós, seine Partei sei "einem Nein näher als einer Enthaltung", wenn im nationalen Parlament über die revidierte Fassung des Autonomiestatuts abgestimmt wird. Für die anschließend anstehende Volksabstimmung in Katalonien könnte die ERC jedoch eine andere Empfehlung aussprechen, machte Puigcercós deutlich. Man wolle aber die Parlaments- und Senatsdebatten und das Abstimmungsergebnis in Madrid abwarten. Gleichzeitig kündigte er an, die Regierung Zapatero in "fundamentalen Fragen" weiter zu unterstützen, auch wenn man sich durch den Pakt des Regierungschefs mit der CiU hintergangen fühle.

Indessen veröffentlichte die spanische Tageszeitung „El País“ eine Umfrage des regierungsnahen CIS-Umfrageinstituts, das 10.000 Personen in allen 52 spanischen Provinzen zu dem Thema Autonomie-reformen befragt hatte. Der Umfrage zufolge sprachen sich 42 Prozent gegen eine Änderung der Au-

tonomiestatuten in ihrer Region aus. Dagegen meinten 34 Prozent, eine Reform ihrer Autonomiestatuten sei notwendig. Über 50 Prozent sind der Meinung, dass das System der regionalen Kompetenzverteilung zwischen Zentralregierung und den Autonomen Regionen nicht geändert werden sollte. Für die Einfügung des Nationenbegriffs in die katalanische Verfassung sahen lediglich 13,4 Prozent eine Notwendigkeit.

>> **Wiedererwachen des spanischen Linksterrorismus?**

Die längst aufgelöst geglaubte, linke Terrorgruppe GRAPO ("Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober") bekannte sich jetzt zum Mord an der Ehefrau des Unternehmers Francisco Colell am 6. Februar. Das Unternehmerpaar sollte offenbar entführt werden, um Lösegeld zu erpressen. Als die Terroristen bei dem Versuch überrascht wurden, eröffneten sie das Feuer. Dabei wurde Ana Isabell Herrero getötet und ihr Ehemann schwer verwundet.

Die GRAPO wurde 1975 im letzten Jahr der Franco-Diktatur als bewaffneter Arm der verbotenen Kommunistischen Partei gegründet, um auf die Ablösung der Militärregierung durch ein marxistisch-leninistisches Regime hinzuarbeiten. Doch auch nach dem Tod des Diktators im selben Jahr stellte sie ihre Aktivitäten nicht ein. Auf das Konto der GRAPO, die sowohl von

den USA als auch von der EU als terroristische Organisation gelistet ist, gehen inzwischen 82 Morde und 25 Entführungen. Zuletzt trat sie im Jahr 2000 durch den Mord an dem Polizisten Francisco San Morales in öffentliche Erscheinung. Seitdem ist die Organisation trotz verschiedener Raubüberfälle und Schutzgelderpressungen aus dem Blickpunkt der Öffentlichkeit verschwunden. Dem spanischen Innenministerium zufolge ist die Operationsfähigkeit der GRAPO "praktisch null", wie Staatssekretär Antonio Camacho versicherte. Dies schließe Einzelaktionen wie den jüngsten Mord in Zaragoza bedauerlicherweise nicht aus. Die oppositionelle Volkspartei warf der Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero in diesem Zusammenhang vor, die Gefahr herunterzuspielen. Die Regierung wolle der Öffentlichkeit verheimlichen, dass die Linksterroristen weiterhin aktiv seien und Schutzgelder von Unternehmen erpressten. In der Tat wäre ein "Wiederauferstehen" der GRAPO für die Regierung ein schwerer Schlag. Sie steht wegen ihrer Antiterrorpolitik ohnehin schon in der Kritik. Eine weitere aktive Terrorgruppe neben ETA und radikalislamistischen Terroristen wäre das letzte, was die Regierung in der jetzigen Situation gebrauchen könnte.

>> **Hugo Chávez gegen den Rest der Welt**

Nach der Lateinamerikareise des ehemaligen spanischen Minister-

präsidenten José María Aznar, in deren Rahmen Aznar vor einer Linkspopulistenwelle in Lateinamerika gewarnt hatte (Vgl. KAS-Newsletter Nr.6/2006), sieht der venezolanische Präsident Hugo Chávez



(Foto) eine "internationale Verschwörungsfront" auf sich zukommen. "Der unnütze Aznar, der vor kurzem von den Toten wiederauferstanden ist", sei Teil eines von George W. Bush und Tony Blair angeführten Komplotts, um Venezuela zu destabilisieren. Auch Frankreich und ganz Europa hätten sich gegen ihn verschworen, so Chávez. Aznar selbst sei ein "Faschist", der ihm vor Jahren in Caracas gesagt hätte, Venezuela könnte zur Ersten Welt gehören, weil seine Ölreserven benötigt würden. Andere Länder wie Haiti und auch Schwarzafrika soll Aznar als "hoffnungslos verloren" bezeichnet haben. "Dies war diabolisch und faschistisch", sagte Chávez, der den USA im gleichen Atemzug mit dem Zudrehen des Ölhahns drohte. Die Äußerungen des venezolanischen Präsidenten stehen im Zusammenhang mit der Warnung der US-amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice, die Venezuela und seine Allianz mit Kuba am Vortag im amerikanischen Kongress als eines der "größten außenpolitischen Probleme der USA" bezeichnet hatte.

>> Steht Einigung über den Status von Gibraltar bevor?

Nach einer Meldung der Financial Times stehen Spanien und England



kurz vor einer Einigung über den ewigen Zankapfel Gibraltar. Demnach soll die Frage der Souveränität zunächst ausgeklammert werden, um Fortschritte in den Bereichen gemeinsame Nutzung des Flugplatzes, Ausweitung der Telekommunikation und vereinfachte Grenzüberschreitung zu erzielen. Laut britischen Quellen könnte die Einigung im nächsten Monat in Kraft treten. Spanien fordert von den Briten einen Verzicht auf die Nutzung des Gibraltar-Hafens für atomgetriebene U-Boote.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

Neue Postanschrift:

Plaza de Castilla 3, 16-D 2
28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: kasmad@gmx.net

Web: www.kas.de/espana